

Bundesvorstand:
Prof. Dr. Rosemarie Will, Vors.
Dr. Christoph Bruch
Gerd Eggers
Jochen Goerdeler
Nils Leopold
Dr. Frederik Roggan, stellvertr. Vors.
Hartmuth H. Wrocklage

Beiratsmitglieder:
Prof. Edgar Baeger
Prof. Dr. Thea Bauriedl
Prof. Dr. Volker Bialas
Prof. Dr. Lorenz Böllinger
Daniela Dahn
Dr. Dieter Deiseroth
Prof. Dr. Erhard Denninger
Prof. Dr. Helga Einsele ☯
Prof. Carl-Heinz Evers
Prof. Dr. Monika Frommel
Prof. Dr. Hansjürgen Garstka
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch

Prof. Dr. Gerald Grünwald
Dr. Klaus Hahnzog
Dr. Heinrich Hannover
Prof. Dr. Hartmut von Hentig
Heide Hering
Dr. Burkhard Hirsch
Prof. Dr. Herbert Jäger
Prof. Dr. Walter Jens
Prof. Dr. Helmut Kentler
Elisabeth Kilali
Ulrich Krüger-Limberger
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Renate Künast MdB

Prof. Dr. Martin Kutscha
Prof. Dr. Rüdiger Lautmann
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB
Dr. Till Müller-Heidelberg
Prof. Dr. Heide Pfarr
Claudia Roth MdB
Jürgen Roth
Georg Schlaga
Helga Schuchardt
Prof. Dr. Jürgen Seifert ☯
Prof. Klaus Staack
Prof. Dr. Ilse Staff
Prof. Dr. Wilhelm Steinmüller

Klaus Vack
Werner Vitt
Prof. Ulrich Vultejus
Dr. Klaus Waterstradt
Heidemarie Wiczorek-Zeul,
MdB
Rosi Wolf-Almanasreh
Prof. Dr. Karl-Georg Zinn

Stand: August 2005

BÜRGERRECHTSORGANISATION seit 1961

HUMANISTISCHE UNION e.V. Regionalverband München-Südbayern
Paul-Hey-Str. 18 D - 82131 Gauting

**Regionalverband
München-Südbayern
Paul-Hey-Straße 18
D -82131 Gauting
Tel. 089/ 850 33 63
Fax 089/89 30 50 56
humanistische-union@link-
m.de
www.humanistische-
union.de/suedbayern.**

**Humanistische
Union**

Sachbericht

Projekt:

Innere Sicherheit als Gefahr, Kooperation mit der PKS, Nr. 04 – 05 - 47

Vortrag und Diskussion am 6.12.05 in der Universität München

Referent: **Dr. Fredrik Roggan**, Rechtsanwalt in Berlin und stellv. Vorsitzender der HU

Eingangs präzisierte der Referent sein Thema zu „Das Recht der Inneren Sicherheit als Gefahr für den Rechtsstaat?“ Anhand einiger Beispiele vor allem aus dem Aufgaben-Bereich der Polizei (die Darstellung aller Gebiete und die Würdigung auch der Geheimdienste würde eine ganze Veranstaltungsreihe füllen) wurde gezeigt, dass ihre Befugnisse vor allem im präventiven Bereich erweitert wurden. Fredrik Roggan: „Die Polizei will prognostizieren, ob irgendjemand eine schwere Straftat begehen könnte und will vor dem Täter am Tatort sein“.

Die ist ein Trend, der schon vor dem Terrorangriff auf die USA begann und der nahezu zum Selbstläufer geworden ist. Sobald eine Neu- oder Weiterentwicklung der elektronischen Kommunikationsmittel wie Mobilfunk, Internet, Videotechniken mit Gesichtserkennung auf den Markt gelangt, verlangen Polizei und Geheimdienste danach. Und die Politik steht ihnen in nichts nach: Kaum wird eine schwere Straftat bekannt, werden weitere Befugnisse der Sicherheitsdienste gefordert und oft auch geschaffen. Jüngstes Beispiel ist die Forderung, das Mautsystem auf den Autobahnen zur Verfolgung von Straftätern auszubauen.

Obwohl schon für die Strafverfolgung bundesweit jährlich 28 000 Telefone mit 1 Million Betroffenen abgehört werden, erhielten schon diverse Länderpolizeien – auch die Bayerische - auch noch die Erlaubnis zur verdachtsunabhängigen Kontrolle des Fernmeldeverkehrs, als ob Jedermann ein Sicherheitsrisiko ist.

Bei vielen dieser Gesetze wurde das vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung missachtet: Und so schließt Fredrik Roggan sein 40 Minuten dauerndes Referat mit der Feststellung, dass die eingangs noch in Frage gestellte Gefahr sehr real sei. In der sich anschließenden Diskussion ergänzten die mehr als 30 TeilnehmerInnen diese Schilderungen mit ihren persönlichen Erfahrungen beim Kontakt mit den Sicherheitskräften. Beklagt wurde, dass man nicht mehr bemerkt, wann und welche Daten die Sicherheitskräfte über einen erfassen. Großen Raum nahmen Fragen nach der Vorgehensweise und den Aussichten von Auskunftsersuchen ein (das könnte ein Thema für eine weitere Veranstaltung sein).

Leider hat sich ergeben, dass hier die Gesetze hohe Barrieren etabliert haben, die nach Auffassung des Referenten nach dem Recht der informationellen Selbstbestimmung unzulässig sind.

Übrigens: Radio LORA wird das Referat am 18. Januar, 20 Uhr, ausstrahlen.

Gauting, den 3. Januar 2006

Wolfgang Killinger